

Florens Mayer

Möglichkeiten und Grenzen deutscher Sicherheitspolitik

Eine Analyse der
Strategischen Kultur Deutschlands

INTERNATIONAL AND SECURITY STUDIES

herausgegeben von
Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis

Band 4

Florens Mayer

Möglichkeiten und Grenzen deutscher Sicherheitspolitik

Eine Analyse der
Strategischen Kultur Deutschlands

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2017

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of Barbara Budrich Publishers. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

You must not circulate this book in any other binding or cover and you must impose this same condition on any acquirer.

A CIP catalogue record for this book is available from
Die Deutsche Bibliothek (The German Library)

© 2017 by Barbara Budrich Publishers, Opladen, Berlin & Toronto
www.barbara-budrich.net

ISBN 978-3-8474-2068-2 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1037-9 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Verlag Barbara Budrich  Barbara Budrich Publishers
Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen, Germany
86 Delma Drive. Toronto, ON M8W 4P6 Canada
www.barbara-budrich.net

Jacket illustration/Umschlaggestaltung: Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow,
Germany – www.lehfeldtgraphic.de
Technical Editing/Typographisches Lektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau,
Germany

Für Mary

1 Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	11
1.1	Relevanz der Arbeit und Stand der Forschung.....	18
2	Theoretischer Rahmen.....	25
2.1	Drei Schulen der Strategischen Kulturforschung.....	27
2.1.1	Strategische Kultur als Rahmen.....	27
2.1.2	Strategische Kultur als Instrument.....	30
2.1.3	Strategische Kultur als Variable	32
2.2	Konzeptspezifikation	34
3	Methodisches Vorgehen.....	41
3.1	Operationalisierung Strategischer Kultur.....	41
3.2	Fallauswahl	45
3.3	Datenerhebung und Datenauswertung	47
4	Heranführung an den Forschungsgegenstand – Entwicklungen und Elemente der Strategischen Kultur Deutschlands bis Ende der 1990er Jahre	51
4.1	Die Strategische Kultur Westdeutschlands – von der Stunde Null bis zur Wiedervereinigung	51
4.1.1	Die Debatte über die Wiederbewaffnung	53
4.1.2	Der Staatsbürger in Uniform – Reform des deutschen Militärs	55
4.1.3	Aufgaben der Bundeswehr während des Ost-West-Konflikts.....	59
4.1.4	Zwischenfazit.....	61
4.2	Nach der Wiedervereinigung – der militärische Defensivismus auf dem Prüfstand	63
4.2.1	Erste Einsatzerfahrungen der Bundeswehr nach der Wiedervereinigung	64

4.2.2	Die Out-of-area-Debatte	69
4.2.3	Zwischenfazit.....	72
5	Fallanalyse I: Kosovo.....	77
5.1	Die Hintergründe des Konflikts	78
5.2	Verlauf der Operation Allied Force unter deutscher Beteiligung.....	82
5.3	Strategische Kulturanalyse.....	85
5.3.1	Der gerechtfertigte Zweck.....	85
5.3.2	Die bevorzugte rechtliche Legitimation.....	96
5.3.3	Der bevorzugte Grad der Kooperation.....	102
5.3.4	Die bevorzugte Art und Weise der Anwendung	106
5.4	Zwischenfazit	114
6	Fallanalyse II: Afghanistan	121
6.1	Die Operationen OEF und ISAF unter deutscher Beteiligung	123
6.2	Strategische Kulturanalyse.....	128
6.2.1	Der gerechtfertigte Zweck	128
6.2.1.1	Die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom	131
6.2.1.2	Die Beteiligung an der ISAF	135
6.2.2	Die bevorzugte rechtliche Legitimation.....	145
6.2.3	Der bevorzugte Grad der Kooperation.....	151
6.2.4	Die bevorzugte Art und Weise der Anwendung	160
6.2.4.1	Militärische Zurückhaltung in Afghanistan	166
6.2.4.2	Weniger Einschränkungen und mehr Waffen	175
6.3	Fazit	186
7	Fallanalyse III: Mali	191
7.1	Die Operationen Serval und EUTM Mali unter deutscher Beteiligung.....	192
7.2	Strategische Kulturanalyse.....	194
7.2.1	Der gerechtfertigte Zweck	195
7.2.2	Die bevorzugte rechtliche Legitimation.....	200
7.2.3	Der bevorzugte Grad der Kooperation.....	201

7.2.4 Die bevorzugte Art und Weise der Anwendung	203
7.3 Zwischenfazit	209
8 Fazit und Ausblick	211
8.1 Die Strategische Kultur als Forschungskonzept.....	211
8.2 Der Wandel der Strategische Kultur Deutschlands	213
8.3 Ausblick	215
Abkürzungsverzeichnis	226
Literatur- und Quellenverzeichnis	229
Verwendete Literatur	229
Verwendete Quellen.....	249
Vom Verfasser geführte Interviews und Hintergrundgespräche	256
Danksagung	257

1 Einleitung

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014 hielt Bundespräsident Joachim Gauck eine im In- und Ausland vielbeachtete Rede. Den Blick auf die Vielzahl globaler Konflikte und Krisenregionen gerichtet, lautete die zentrale Forderung des Bundespräsidenten:

„Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.“¹

Gauck betonte in seiner Rede das ausgeprägte Interesse Deutschlands an „einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden.“² Daher müsse es auch das Ziel der Bundesrepublik sein, diese offene Weltordnung zu erhalten. Zum einen, da Veränderungen heutzutage schneller auftauchten und die Weltordnung in Frage stellten und zum anderen, da die USA ihr globales Engagement überdächten. Schließlich warf Gauck in seiner Rede die Frage auf, ob Deutschland angesichts seiner Interessen und seiner Stärke schon genug unternehme:

„Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen?“³

Aus diesen Fragen folgerte Joachim Gauck schließlich, Deutschland müsse „für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde“⁴, in Zukunft mehr leisten. Er bezog diese Forderung nicht ausschließlich auf militärische Leistungen, u.a. nannte er auch die Entwicklungszusammenarbeit, dennoch widmete er diesem Aspekt seine besondere Aufmerksamkeit und machte deutlich, dass Deutschland hier in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müsse. Gauck sprach den Vorwurf an, Deutschland sei in militärischen Angelegenheiten der „Drückeberger in der Weltgemeinschaft“.⁵ Er warnte davor, dass aus Zurückhaltung auch „so etwas wie Selbstprivilegierung“⁶ entstehen könne. Deutschland dürfe bei Militäreinsätzen weder „aus Prinzip ‚nein‘ noch reflexhaft ‚ja‘ sagen“.⁷

1 Gauck, Joachim (2014): „Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“ Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München.

2 Ebd.

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Ebd.

Für seine Rede erhielt Joachim Gauck viel Zuspruch. Die Bundesminister Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen pflichteten ihm bei. Der Außenminister machte dabei, genau wie zuvor der Bundespräsident, deutlich, dass eine engagierte deutsche Außenpolitik mehr sei als ein stärkeres militärisches Engagement. Mit Blick auf das Militär knüpfte Steinmeier an Bewährtes an, indem er auf den Aspekt der militärischen Zurückhaltung einging:

„Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten.“⁸

Gleichzeitig wies er die deutsche Zurückhaltung auch in die Schranken und forderte, dass militärische Zurückhaltung einen Militärbeitrag Deutschlands nicht a priori ausschließen dürfe.

„Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“⁹

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ergänzte auf derselben Sicherheitskonferenz:

„Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“¹⁰

Alle drei Redner forderten eine engagiertere deutsche Außenpolitik. Alle drei waren sich auch darin einig, dass dieses Engagement den gesamten Instrumentenkasten deutscher Außenpolitik ausschöpfen müsse. Finanzielle, humanitäre und diplomatische Mittel seien damit genauso gemeint wie militärische Mittel.

Nur wenige Monate nach der Münchner Sicherheitskonferenz machte die Terrormiliz „Islamischer Staat“ Schlagzeilen. Im Juni 2014 eroberte der „Islamische Staat“ innerhalb weniger Tage die nordirakische Stadt Mossul. Die irakische Armee ließ nach ihrem kampflosen Rückzug aus Mossul eine große Anzahl an Waffen und Fahrzeugen zurück, die nun dem IS in die Hände fielen. Am 29. Juni rief Abu Bakr al-Baghdadi, der Anführer des IS, ein Kalifat aus. Ausgerüstet mit Geld, Waffen und Fahrzeugen machte sich die Terrormiliz IS nun daran, weitere Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.¹¹ Als

8 Steinmeier, Frank-Walter, Außenminister (2014): Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz, 1. Februar 2014, München.

9 Ebd.

10 Leyen, Ursula von der, Bundesministerin der Verteidigung (2014): Rede der Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz München, 31. Januar 2014.

11 Zu den Hintergründen und der Entstehungsgeschichte der Terrormiliz IS vgl. u.a. Dehez, Dustin (2014): Ein neuer langer Krieg? Die Herausforderung durch das islamische Kalifat. In: Auslandsinformationen 11/12 2014. S. 89-110 sowie: Zelin, Y. Aron (2014): The War

der IS sein Herrschaftsgebiet im Norden des Iraks auf die kurdisch kontrollierten Gebiete auszuweiten begann und tausende Angehörige der religiösen Minderheit der Jesiden vertrieben, verschleppt oder getötet wurden, rief dies schließlich die westliche Staatengemeinschaft auf den Plan.¹² Die USA formierten eine Anti-IS-Koalition und führten Luftschläge gegen den IS im Irak und in Syrien durch. Sie wurden dabei von zahlreichen arabischen und europäischen Staaten, darunter Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, und Dänemark, unterstützt.¹³ Im Nordirak wurde der IS vor allem von kurdischen Kämpfern aufgehalten. In das von den Kurden kontrollierte Gebiet flüchteten sich auch viele vom IS Verfolgte.¹⁴ Die Bundesrepublik entschied daher, die kurdischen Peschmerga im Nordirak zunächst mit „nichttödlichen Waffen“ zu unterstützen. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Jens Flosdorff, erklärte dazu:

„Die Linie, die wir gezogen hatten, war, dass das, was derzeit geprüft wird, alles unterhalb der Schwelle von letalen Waffen – das heißt, von Angriffswaffen, die tödlich sein können – liegt. Dabei geht es zum Beispiel um nicht-militärische Ausrüstung wie Schutzwesten, Helme, Nachtsichtgeräte, die ans Auge gehoben werden, oder um militärische Fahrzeuge wie zum Beispiel einen ‚Unimog‘, der auch schnell und leicht bedient werden kann.“¹⁵

Zudem leistete Deutschland humanitäre Hilfe. Ende August 2014 waren bereits 150 Tonnen an Hilfsgütern, darunter vor allem Nahrungsmittel und Medizin, nach Erbil geflogen und 50 Millionen Euro an humanitärer Hilfe in Aussicht gestellt worden.

Am 31. August korrigierte die Bundesregierung ihre bisherige Entscheidung, nur militärische Ausrüstung, aber keine Angriffswaffen an die kurdischen Kämpfer zu liefern. Auf der Liste der zugesagten Lieferungen standen nun neben Helmen, Fernrohren, Funkgeräten und Schutzwesten auch Sturmgewehre, Maschinengewehre, Pistolen, Panzerabwehrwaffen und Handgranaten.¹⁶ Knapp zehn Soldaten wurden zudem entsendet, um die Peschmerga an den Waffen auszubilden. Eine deutsche Beteiligung an den Luftschlägen gegen den IS schloss Außenminister Steinmeier jedoch weiterhin aus:

between ISIS and al-Qaeda for Supremacy of the Global Jihadist Movement. Research Notes No. 20. The Washington Institute for Near East Policy.

12 Vgl. Dehez, Dustin (2014): S. 8 f.

13 Vgl. Brooke-Holland, Louisa/Mills, Claire (2014): ISIS: the military response in Iraq and Syria. Standard Note: SN/IA/6995. 8. December 2014, London.

14 Vgl. Seibert, Thomas (2014): Kurden im Irak – Kämpfer mit neuem Image. Der Tagesspiegel, 13.08.2014. Abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/kampf-gegen-is-terroristen-kurden-im-irak-kaempfer-mit-neuem-image/10322878.html>. (07.10.2014).

15 Bundesregierung (2014): Regierungspressekonferenz vom 15. August 2014. Mitschrift Pressekonferenz. Im Wortlaut. Abrufbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/08/2014-08-15-regpk.html>. (12.10.2013).

16 Vgl. Auswärtiges Amt (2014): Unterstützung der Regierung der Autonomen Region Irakis-Kurdistan bei der Versorgung der Flüchtlinge und beim Kampf gegen den Islamischen Staat im Nordirak. Berlin, 31. August 2014.

„Wir helfen humanitär, wir liefern militärische Ausrüstung an die Kurden im Nordirak. Dieser deutsche Beitrag zum Kampf gegen ISIS wird international hoch geschätzt. Wenn ein Dutzend Staaten Luftangriffe fliegen, macht es keinen Sinn, dass Deutschland als dreizehnte oder vierzehnte Nation auch noch mitfliegt.“¹⁷

Ende des Jahres 2014 wurde der deutsche Einsatz noch einmal ausgeweitet. Am 17. Dezember beschloss das Bundeskabinett die Entsendung von weiteren 100 Bundeswehrsoldaten, die die kurdischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Terrormiliz IS ausbilden sollten.¹⁸

Blieb die Bundesregierung mit ihrem Beitrag letztlich hinter ihren Möglichkeiten zurück? Oder entsprach das deutsche Verhalten im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ den Münchner Forderungen Gaucks, Steinmeiers und von der Leyens?

Als im Frühjahr 2011 der sogenannte Arabische Frühling nach ersten Erfolgen in Tunesien und Ägypten anfang, sich auch auf Libyen auszuweiten, begrüßte die deutsche Bundesregierung gemeinsam mit ihren westlichen Verbündeten diese Entwicklung. Sie reihte sich auch ein in die Verurteilung der Gewalt, mit der der libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi die Aufstände in seinem Land zu unterdrücken versuchte. Doch als der Plan, eine Flugverbotszone über Libyen zu errichten und die Zivilbevölkerung auf diese Weise aus der Luft zu schützen, vorgeschlagen wurde und bald durch eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in die Tat umgesetzt werden sollte, zögerte die Bundesregierung. Der damalige Bundesaußenminister Westerwelle warnte, „(...) military intervention is to take part in a civil war that could go on for a long time.“¹⁹ Am 17. März 2011 stimmten Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten gemeinsam mit sieben weiteren nicht ständigen Mitgliedern des VN-Sicherheitsrates für die Resolution 1973. Darin hieß es u.a.:

„Der Sicherheitsrat (...) beschließt, ein Verbot aller Flüge im Luftraum der Libysch-Arabischen Dschamahirija zu verhängen, um zum Schutz der Zivilpersonen beizutragen.“²⁰

17 Steinmeier, Frank-Walter, Außenminister (2014) in: Gemeinsam gegen ISIS. Abrufbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/10/2014-10-14-syrien-irak-isis.html>. (12.10.2013).

18 Vgl. Bundesregierung (2014): Ausbildungsmission im Nordirak. Abrufbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/12/2014-12-17-irak-kabinett-ausbildungsmission.html>. (12.10.2013).

19 Westerwelle, Guido (2011): Im Gespräch mit dem Guardian. Abrufbar unter: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/mar/17/libya-united-nations-air-strikes-live>. (12.10.2013).

20 Vereinte Nationen (2011): Resolution 1973 (2011) verabschiedet auf der 6498. Sitzung des Sicherheitsrats am 17. März 2011. Abrufbar unter: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf. (12.10.2013).

Beim Votum im Sicherheitsrat, dem Deutschland 2011/12 als nichtständiges Mitglied angehörte, enthielt sich der deutsche VN-Botschafter Peter Wittig gemeinsam mit seinen Kollegen aus China, Russland, Indien und Brasilien der Stimme. Zwei Tage später bombardierte zunächst Frankreich, gefolgt von Großbritannien und den USA, militärische Ziele in Libyen.²¹

In Deutschland fand die Bundesregierung mit ihrer Enthaltungspolitik nicht nur in den Reihen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP Zuspruch und Unterstützung. Vielmehr basierte diese Haltung „im Kern auf einem Konsens der politischen Klasse des Landes“.²² Die Opposition tat sich am 18. März 2011 im Deutschen Bundestag in der Aussprache über die Regierungserklärung zur VN-Resolution jedenfalls schwer, die Regierung zu kritisieren, ohne gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, sie hätte sich an Stelle der Bundesregierung anders verhalten, d.h. sich an der militärischen Durchsetzung der Flugverbotszone beteiligt. Für seine Aussage, „Wir werden uns nicht mit deutschen Soldaten an einem solchen Militärkampfeinsatz in Libyen beteiligen“²³, erntete Guido Westerwelle Applaus von Abgeordneten aller Fraktionen.²⁴ Nur wenige Politiker hatten sich zuvor für eine VN-mandatierte Flugverbotszone mit deutscher Beteiligung ausgesprochen.

Die deutsche Bevölkerung stand mehrheitlich ebenfalls hinter der Enthaltung im VN-Sicherheitsrat und der Nichtbeteiligung Deutschlands an der militärischen Durchsetzung der Flugverbotszone über Libyen. Zwar sprachen sich im März 2011 54 Prozent der deutschen Bevölkerung für einen Einsatz der NATO in Libyen aus, allerdings hielten es 69 Prozent der Befragten für richtig, dass sich Deutschland nicht an dem Militäreinsatz beteiligt.²⁵ Dieses Stimmungsbild der deutschen sicherheitspolitischen Entscheidungsträger und der breiten Bevölkerung verdeutlichte demnach einen allgemeinen Zuspruch zur deutschen Enthaltungspolitik. Die Enthaltung und die daraus resultierende Nichtbeteiligung an der NATO-Operation Unified Protector bedeutete jedoch auch ein zumindest teilweises Ausscheren Deutschlands aus der bis dahin gemeinsamen westlichen Politik gegenüber der Gewalt in Libyen.

Warum hat Deutschland aus der Lage in Libyen andere Handlungskonsequenzen gezogen als seine Verbündeten, mit denen es sich zuvor hinsichtlich der Freude über die Ausbreitung des sogenannten Arabischen Frühlings auf

21 Focus (2011): Westen startet Luftangriffe gegen Gaddafi. www.focus.de am 19.03.2011. Abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/ausland/krise-in-der-arabischen-welt/libyen-westen-startet-luftangriffe-gegen-gaddafi_aid_610555.html. (12.10.2013).

22 Seibel, Wolfgang (2011): Prinzipienlosigkeit als Prinzip. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Oktober. S. 7.

23 Deutscher Bundestag (2011): Westerwelle, Guido (Bundesaußenminister, FDP): PlPr. 17/97. Berlin, 18. März 2011. S. 11139 A.

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. ARD (2011): Deutschlandtrend März 2011. S. 18 sowie ZDF (2011): Politbarometer April 2011.

Libyen und auch hinsichtlich der Verurteilung der Gewalt Gaddafis noch so einig war?

Seit Deutschland mit der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag seine volle Souveränität erlangt hat, beteiligt es sich an internationalen Militäreinsätzen. Die Zeiten sind vorbei, in denen das Motto der Bundeswehr lautete, „kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen“. Neben der Wiedervereinigung haben vor allem die Auflösung des Warschauer Paktes und der Zusammenbruch der Sowjetunion „zu einer erheblichen Zunahme des Gewichts der (...) Bundesrepublik“²⁶ geführt. Viele Autoren waren daher der Auffassung, angesichts einer drohenden Instabilität nach dem Ende der Bipolarität sei Deutschland aufgerufen, seine „Macht (...) zur Verfügung zu stellen“²⁷ und sich künftig auch an internationalen Militäreinsätzen zu beteiligen. „Die möglichen Anlässe eines solchen Einsatzes (...) reichen von humanitärer und wirtschaftlicher Unterstützung bis hin zu massiver Intervention, auch mit militärischen Mitteln“.²⁸ Sie forderten:

„Gewicht und Größe, Geschichte und Geographie des Landes gestatten den Deutschen nicht mehr die alte Verbindung von moralischer Empörung und politischer Enthaltensamkeit.“²⁹

Diese Forderungen ähneln ohne Zweifel den Redebeiträgen Gaucks, Steinmeiers und von der Leyens auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2014.

Doch nicht nur Teile der Wissenschaft hatten sich bereits Anfang der 1990er Jahre für eine aktivere Rolle Deutschlands in der Welt ausgesprochen. Am Tag nach der Wiedervereinigung äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag in ganz ähnlicher Weise:

„Dem vereinten Deutschland wächst eine größere Verantwortung in der Völkergemeinschaft zu, nicht zuletzt für die Wahrung des Weltfriedens. Wir werden dieser Verantwortung sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz als auch in unserem Verhältnis zu einzelnen Ländern gerecht werden.“³⁰

Wenn sich die außenpolitischen Reden und Beiträge von 1990 und 2014 derart gleichen, wenn sie nahezu die gleichen Forderungen aufstellen, hat sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik dann überhaupt verändert?

26 Schöllgen, Gregor (1993): Angst vor der Macht. Die Deutschen und ihre Außenpolitik, Frankfurt a.M.: Ullstein. S. 127.

27 Ebd. S. 154

28 Ebd.

29 Stürmer, Michael (1992): Die Grenzen der Macht. Begegnungen der Deutschen mit der Geschichte, Berlin: Siedler. S. 248.

30 Kohl, Helmut, Bundeskanzler: Deutscher Bundestag (1990): PIPr. 11/228. 04.10.1990. S. 18028 B/C.

Mit Blick auf das militärische Engagement der Bundesrepublik wird bei der Beantwortung dieser Frage oft auf eine schritt- oder stufenweise Veränderung der deutschen Sicherheitspolitik verwiesen. Seit 1990 habe sich die Deutsche Sicherheitspolitik „schubweise „normalisiert“³¹. Eine „Reihe von kleinen Schritten“³² habe zu mehr Auslandseinsätzen auch außerhalb des NATO-Gebiets geführt. Tatsächlich veränderte sich die Qualität der deutschen Einsatzbeteiligungen über die Jahre Schritt für Schritt: Von Sanitätsmissionen über Transport- und Aufklärungsmissionen bis hin zu Einsätzen der Luftwaffe und schließlich Einsätzen mit großen Infanteriekontingenten am Boden.³³

Doch trotz der unbestreitbaren schrittweisen quantitativen und qualitativen Ausweitung der deutschen Auslandseinsätze in den letzten beiden Jahrzehnten wird auch die Meinung vertreten, Deutschland habe „den Ausweg aus den sicherheitspolitischen Suchprozessen“³⁴ noch nicht gefunden. Zahlreiche Debatten über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen, deren Umfang, Dauer und Intensität belegen, dass es Deutschland nach wie vor schwerfällt, ein klares Verhältnis zum Einsatz des Militärs als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik zu definieren. Auch die oben aufgeführten Beispiele zeugen von einer anhaltenden Diskrepanz zwischen Rhetorik und Handeln sowie von einem teilweise ambivalenten Verhalten Deutschlands auf dem Feld der Sicherheitspolitik. Somit bleibt die Frage bisher unbeantwortet: Hat sich die Bereitschaft Deutschlands, die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen, seit der Wiedervereinigung grundlegend verändert oder nicht?

Als ein geeigneter Ansatz diese Frage zu beantworten, bietet sich die Strategische Kulturforschung an. Im Mittelpunkt dieses politikwissenschaftlichen Forschungsansatzes steht die Annahme, dass das sicherheitspolitische Handeln eines Staates durch strategisch-kulturelle Orientierungen, Eigenschaften und Überzeugungen bedingt wird. Demnach variieren die sicherheitspolitischen Präferenzen von Staaten weniger aufgrund ihrer unterschiedlichen materiellen Fähigkeiten und Ressourcen, sondern vielmehr aufgrund der unterschiedlichen historischen Erfahrungen und der unterschiedlichen kulturellen Charakteristika eines Staates, seiner politischen Eliten und seiner Bevölkerung.³⁵ In der außen- und sicherheitspolitischen politikwissenschaftlichen Forschung gilt es mittlerweile als Konsens, „that culture can affect

31 Rinke, Andreas (2014): Raus ins Rampenlicht. Die Genese der „neuen deutschen Außenpolitik“, in: Internationale Politik, Juli/August. S. 8.

32 Von Krause, Ulf (2011): S. 171.

33 Vgl. u.a. Clement, Rolf (2004): Die neue Bundeswehr als Instrument deutscher Außenpolitik. Aus Politik und Zeitgeschichte B11. 40 ff.

34 Naumann, Klaus (2008): Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen, Hamburg: HIS. S. 27.

35 Vgl. Johnston, Alastair I. (1995): Thinking about Strategic Culture. In: International Security, Vol. 19, No. 4, S. 34.

significantly grand strategy and state behavior“³⁶ Der Forschungsansatz der Strategischen Kultur wurde auch und vor allem verwendet, um die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik nach der Wiedervereinigung zu erklären. Der Ansatz soll daher in dieser Arbeit als theoretisches Fundament für die Annäherung an das Forschungsinteresse dienen. Vor diesem Hintergrund lautet die zentrale Fragestellung dieser Arbeit:

Inwieweit hat vor dem Hintergrund der zunehmenden Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Auslandseinsätzen ein Wandel der Strategischen Kultur Deutschlands stattgefunden, und welche Gründe waren hierfür ausschlaggebend?

Diese Arbeit beschäftigt sich also mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr – der „häufigsten Anwendungsform militärischer Gewalt“³⁷. Es soll untersucht werden, inwieweit sich die Einstellungen der Deutschen zum Einsatz des Militärs vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Bundeswehrauslandseinsätzen während der letzten beiden Jahrzehnte verändert haben. Ziel der Untersuchung ist es, aufzuzeigen, unter welchen Voraussetzungen, zu welchen politischen und rechtlichen Bedingungen und in welchem qualitativen Umfang Deutschland Anfang der 1990er Jahre und heute bereit war bzw. ist, militärische Mittel anzuwenden. Kurzum: Es geht in dieser Arbeit um die Beantwortung der Gretchenfrage der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: „Nun sag, wie hast du’s mit dem Militär?“

1.1 Relevanz der Arbeit und Stand der Forschung

Die Bundesrepublik hat seit der Wiedervereinigung kontinuierlich an Macht und Einfluss gewonnen. Dies wird von Seiten der Bündnispartner weder bestritten noch gefürchtet. Im Gegenteil. Seit der Wiedervereinigung äußern sie zunehmend die Erwartung, Deutschland müsse sich verstärkt außen- und sicherheitspolitisch engagieren. Diese Erwartung brachte etwa der polnische Außenminister, Radosław Sikorski, zum Ausdruck:

„Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“³⁸

Die Beantwortung der Frage, unter welchen Bedingungen und in welcher Form Deutschland bereit ist, militärische Mittel im Ausland einzusetzen, ist

36 Lantis, Jeffrey S. (2002): S. 87. Vgl. auch Longhurst, Kerry (2000): The Concept of Strategic Culture. In: Kümmel, Gerhard/Albrecht-Heide, Astrid (Hrsg.): Military Sociology. The Richness of a Discipline, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 301.

37 Viehrig, Henrike (2010): Militärische Auslandseinsätze. Die Entscheidungen europäischer Staaten zwischen 2000 und 2006. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 12.

38 Sikorski, Radoslaw (2011): „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“. Berlin, 28.11.2011. Abrufbar unter: <https://dgap.org/de/node/20029>.

von hoher Relevanz für die deutschen Bündnispartner. Denn auf jede Nichtentsendung deutscher Truppen oder auf jede Begrenzung des Handlungsspielraums entsandter deutscher Soldaten, müssen die deutschen Bündnispartner reagieren – etwa indem sie die entstandenen Lücken durch eigene Truppen und Fähigkeiten kompensieren.

Vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach einem stärkeren sicherheitspolitischen Engagement Deutschlands mittlerweile zu einem Ritual der sicherheitspolitischen Community in Deutschland und in der westlichen Welt geworden. Dieser ritualisierten Forderung möchte sich die vorliegende Arbeit nicht anschließen. Ebenso wenig möchte sie der Frage nachgehen, ob Deutschland über ausreichend moderne Militärgeräte und -technik verfügt oder ob in diesem Zusammenhang der Verteidigungsetat angemessen ist. Vor dem Hintergrund neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen und neuer militärtechnischer Entwicklungen werden oftmals Forderungen laut, Deutschland dürfe den Anschluss an die „Revolution in Military Affairs“³⁹ nicht verpassen, um weiterhin handlungs- und bündnisfähig zu bleiben.⁴⁰

Das Ziel dieser Arbeit ist vielmehr eine wissenschaftliche, nachvollziehbare Charakterisierung der deutschen Strategischen Kultur, um die sicherheitspolitischen Einstellungen und Wertorientierungen, die Deutschlands sicherheitspolitisches Verhalten prägen, nachvollziehbar zu machen und Gestaltungsspielräume deutscher Sicherheitspolitik aufzuzeigen.

Der politikwissenschaftliche Forschungsansatz der Strategischen Kultur fordert insbesondere die neorealistische Schule nach Kenneth N. Waltz heraus. Diese sieht den Staat als eine „Black Box“: Staaten seien funktional identische Einheiten und unterschieden sich allein in ihren Fähigkeiten, sie strebten aufgrund der anarchischen Struktur des internationalen Systems nach Macht.⁴¹ Die innere Struktur eines Staates, also sein politisches System und seine politische Kultur, hat nach dieser Sichtweise keinerlei Einfluss auf

39 „(...) „Revolution in Military Affairs“ (RMA) bezeichnet grundlegende Veränderungen in der operativen Kriegsführung in Folge der Nutzbarmachung innovativer Technologien. Vor allem die zunehmend fast ausschließlich computergestützte Technik hat umfangreiche Folgen für die Taktik und die Operationsführung. Zur RMA zählen Präzisionswaffen, Unsichtbarkeit der eigenen Truppen, modernste Informations-, Aufklärungs- und Überwachungssysteme, die genaue Lagebilder in Echtzeit erstellen können sowie computergestützte Führungs- und Kommunikationsbilder, die hierarchieunabhängig jeden Teilnehmer der Operation über den aktuellen Stand informieren.“ Renne, Barbara (2004): Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Probleme und Perspektiven der EU-Eingreiftruppe unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zur NATO-Response Force. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Heft 134. Hamburg, Januar. S. 53, Fußnote 111.

40 Vgl. u.a. Vgl. u.a. Huber, Reiner K./Schmidt, Bernhard (1999): Ein Dilemma für die Bundeswehr? „Revolution in Military Affairs“ und die Haushaltskürzungen, in: Europäische Sicherheit, Oktober, S. 33-39.

41 Vgl. Menzel, Ulrich (2001): Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. S. 159

seine Außen- und Sicherheitspolitik. Ausschlaggebend für das sicherheitspolitische Verhalten von Staaten sind einzig und allein sicherheitsrelevante Umwelteinflüsse. Der Einfluss solcher Umweltbedingungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik eines Staates lässt sich nicht ohne weiteres widerlegen. So waren die Terroranschläge am 11. September 2001 sicherlich eine Zäsur für die Außen- und Sicherheitspolitik aller westlichen Staaten und das nachfolgende militärische Engagement vieler Staaten in Afghanistan lässt sich damit durchaus erklären. Allerdings scheitert der neorealistische Ansatz aufgrund seiner Black Box-Annahme dabei, die teilweise stark unterschiedliche Art und Weise wie die Staaten in Afghanistan auftraten, zu erklären. Hier zeigt sich der Mehrwert des Strategischen Kulturkonzepts: Es ermöglicht bildlich gesprochen den Blick in die Black Box der Staaten und analysiert die innerstaatlichen sicherheitspolitischen Meinungen und Einstellungen.

Der Strategische Kulturansatz ist auch abzugrenzen von Werken wie das Zivilmachtkonzept von Hanns W. Maull.⁴² Obwohl einige seiner Annahmen, beispielsweise die, dass Rollenkonzepte durch Eigenerwartungen und Fremderwartungen gebildet werden – also eine theoretische Annahme, die sich nahezu perfekt auf Deutschland und seine Bündnispartner projizieren lässt – durchaus eine Relevanz für die Beantwortung der Forschungsfrage aufweisen. Gegen die Anwendung des Rollenkonzepts spricht jedoch, dass dieses auf das gesamte Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik angewendet wird. Der Gegenstand der Strategischen Kulturforschung hingegen ist ausschließlich die Androhung und Anwendung militärischer Mittel im Ausland. Somit ermöglicht dieser Ansatz eine sehr viel detailliertere Analyse der deutschen Einsatzbeteiligungen als das Rollenkonzept, denn die Konzentration auf ein signifikant kleineres Politikfeld erlaubt die Herleitung und Anwendung eines feinmaschigeren Rasters zur Untersuchung der Analyseobjekte. So geht etwa Daniel Göler der Frage, „welche ethischen und normativen Vorstellungen in der Bundesrepublik Deutschland für den Einsatz militärischer Mittel vorherrschen“⁴³ mit Hilfe eines Analyserasters bestehend aus sieben Kategorien nach. Alexander Siedschlag entwickelt für seine Strategische Kulturanalyse der deutschen und französischen Positionen zu den Beschlüssen des Prager NATO-Gipfels (2002) vier Analysedimensionen: „Kultur als Handlungsrepertoire und Erfahrungswelt“, „Kultur als Wissenssystem zur Wirklichkeitsinterpretation“, „Kultur als Wertsystem zur Konstruktion von Identitäten und Interessen“ und „Kultur als soziale Grundlage einer Si-

42 Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns. W. (2001): *Germany as a civilian power? The foreign policy of the berlin republic*. Manchester: Manchester University Press.

43 Göler, Daniel (2010): *Die strategische Kultur der Bundesrepublik – Eine Bestandsaufnahme normativer Vorstellungen über den Einsatz militärischer Mittel*. In: Dörfler-Dierken, Angelika/Portugall, Gerd (Hrsg.): *Friedensethik und Sicherheitspolitik – Weißbuch 2006 und EKD Friedensdenkschrift 2007 in der Diskussion*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 185.

cherheitsgemeinschaft und ihrer Umweltbeziehungen“.⁴⁴ Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang auch die Analyseansätze von Christoph Meyer⁴⁵ und Bastian Giegerich⁴⁶. Für diese Arbeit sind diese Erfahrungen mit der Entwicklung eines aus mehreren Komponenten bestehenden Analyserasters wertvoll. Ein solches Raster soll auch für den Untersuchungszweck dieser Studie erarbeitet werden.

Wie alle Ansätze politikwissenschaftlicher Kulturforschung ist auch der Strategische Kulturansatz dem Vorwurf der definitorischen Beliebigkeit ausgesetzt. So verglich etwa Max Kaase die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit politischer Kultur einprägsam mit dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln.⁴⁷ Die Schwierigkeit, (Strategische) Kultur zu definieren und zu messen, ist nicht von der Hand zu weisen. Eine nachvollziehbare Operationalisierung des Kulturbegriffs sowie eine transparente Auswahl der Analyseobjekte schaffen Abhilfe. Göler bezieht zum einen das Weißbuch der Bundeswehr 2006 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und zum anderen Bevölkerungsumfragen zu sicherheitspolitischen Themen in seine Analyse ein. Er sieht demnach sowohl sicherheitspolitische Eliten, als auch die Bevölkerung als „Keepers of Strategic Culture“. Im Ergebnis seiner Untersuchung erkennt er „deutliche Unterschiede zwischen den einschlägigen Strategiepapieren, die das Denken politischer Entscheidungsträger reflektieren, und den Bevölkerungseinstellungen“⁴⁸. Dadurch weist Göler auf eine für das hier vorgestellte Forschungsvorhaben wesentliche Herausforderung hin: Je breiter das Spektrum der zu analysierenden Objekte, desto breiter ist auch die Spannweite der Wertvorstellungen hinsichtlich sicherheitspolitischer Entscheidungen.

Siedschlag wählt als Analyseobjekte neben der einschlägigen Literatur zu der Thematik, Reden von Politikern beider Länder und Strategiepapiere wie die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003. In seinem Fazit lobt Siedschlag die Strategische Kulturforschung, da sich mit ihrer Hilfe erkennen lässt, „welche Vorstellungen von Sicherheit die Grundlage eines Staates oder

44 Siedschlag, Alexander (2006): Strategische Kulturanalyse: Deutschland, Frankreich und die Transformation der NATO. In: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): Methoden der sicherheitspolitischen Analyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 29 ff.

45 Vgl. Meyer, Christoph O. (2005): Convergence towards a European strategic culture? A constructivist framework for explaining changing norms, in: European Journal of International Relations 11 (4), S. 523-549.

46 Vgl. Giegerich, Bastian (2006): European Security and Strategic Culture. National Response to the EU's Security and Defence Policy, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 46.

47 Vgl. Kaase, Max (1983): Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. In: Wahlen und politisches System. Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Volume 42, S. 144-171.

48 Ebd. S. 197.

eines Bündnisses bilden“.⁴⁹ Dadurch lässt sich mit Blick auf die Transformation der NATO sagen, dass nicht allein die Kompatibilität militärischer Fähigkeiten wichtig ist, sondern zudem auch „kompatible ideelle Handlungsrepertoires“.⁵⁰ Gölers und Siedschlags Arbeiten mahnen zu einer sorgfältigen Auswahl der Analyseobjekte.

Interessant an Siedschlags Text ist der Anspruch, den er an das Forschungskonzept Strategische Kultur stellt: Strategische Kulturforschung müsse angewandt werden, um die Grundlagen sicherheitspolitischen Handelns zu verstehen und schließlich auch wahrscheinliche Handlungstendenzen eines Staates ableiten zu können. Diesen praxisrelevanten Anspruch möchte auch die vorliegende Arbeit an das Konzept der Strategischen Kulturforschung stellen. Denn insbesondere ein zu geringer Praxisbezug wird kulturellen Ansätzen zunehmend vorgeworfen. Bei der Untersuchung der Strategischen Kultur eines Staates dürften nicht allein Normen, Überzeugungen und Werte eine Rolle spielen, sondern auch die sicherheitspolitische Praxis müsse in den Untersuchungsrahmen integriert werden, fordern etwa Iver Neumann und Henrikki Heikka⁵¹

Unter Berücksichtigung dieser Kritik nehmen neuere Arbeiten das sicherheitspolitische Verhalten eines Staates als einen Bestandteil Strategischer Kultur und somit als einen Untersuchungsgegenstand wahr.⁵² Carolin Hilpert widmete sich in ihrer Arbeit den Auswirkungen des deutschen Afghanistaneseinsatzes auf die Strategische Kultur Deutschlands. Dazu untersuchte sie in einer Diskursanalyse, „how the Federal Republic perceives itself and its role within the international community“.⁵³ Weitere Bestandteile dieser Diskursanalyse sind die Legitimation und die Ziele militärischer Gewalt. In einem zweiten Schritt legt sie dann einen Schwerpunkt darauf, wie politische Entscheidungen in die Tat umgesetzt werden. Im Ergebnis stellt Hilpert u.a. fest:

„After the great changes in German strategic culture in the 1990s, Afghanistan was tantamount to the last step towards fully autonomous armed forces – participation in genuine combat operations.“⁵⁴

Auch Hilpert vertritt also die Meinung, dass Strategische Kulturanalysen nicht allein sicherheitspolitische Entscheidungen, sondern auch sicherheitspolitisches Handeln untersuchen müssen. Unter Berücksichtigung dieser

49 Ebd. S. 43.

50 Ebd.

51 Vgl. Neumann, Iver/Heikka, Henrikki (2005): *Grand Strategy, Strategic Culture, Practice*. In: *Cooperation and Conflict*. Vol. 40. No. 1. S. 5-23.

52 Hilpert, Carolin (2014): *Strategic Cultural Change and the Challenge for Security Policy. Germany and the Bundeswehr's Deployment to Afghanistan*, Hampshire, UK: Palgrave Macmillan.

53 Ebd. S. 8.

54 Ebd. S. 186.

Mahnungen, die Praxisrelevanz des Konzepts der Strategischen Kultur nicht zu vernachlässigen, gilt es im nachfolgenden Theorieteil der vorliegenden Arbeit zu prüfen, inwieweit nicht allein Einsatzentscheidungen, sondern auch die Durchführung der Einsatzbeteiligungen Gegenstand der Untersuchung sein sollten.

Besondere Bedeutung kommt in dieser Arbeit dem Aspekt des Wandels bei. Hat sich die Strategische Kultur gewandelt? Falls nein, warum blieb sie konstant? Falls ja, was hat diesen Wandel ausgelöst? Und schließlich: Verändern die deutschen Militäreinsätze die deutsche Strategische Kultur? Es existieren bereits einige ganzheitliche Arbeiten,⁵⁵ die das Konzept der Strategischen Kultur mit dem Ziel, Kontinuität und Wandel aufzudecken, anwenden. Zu nennen ist hier der vergleichende Ansatz von Thomas U. Berger, der die „evolution of German and Japanese security policies and the debates surrounding them“⁵⁶ untersucht. Der Forschungszeitraum seiner Analyse umfasst die unmittelbare Nachkriegszeit und den Ost-West-Konflikt, er endet jedoch bereits zu Beginn der 1990er Jahre. Somit konnte Berger in seiner Arbeit wesentliche sicherheitspolitische Ereignisse und Entscheidungen nicht mehr berücksichtigen. Kerry Longhurst fasst hingegen in ihrer strategischen Kulturanalyse Deutschlands, nachdem sie genau wie Berger die „zero hour“ und die „key debates“⁵⁷ der unmittelbaren Nachkriegszeit als Ausgangspunkt gewählt hat, ihren Forschungszeitraum weiter. Ihre Analyse berücksichtigt auch die Out-of-area-Debatte und die Entscheidungen über die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung an Militäroperationen in Afghanistan bzw. im Irak. Doch sowohl Longhurst als auch Berger legen einen eindeutigen Schwerpunkt auf sicherheitspolitische Entscheidungen und weniger auf sicherheitspolitisches Verhalten. Das heißt, sie tauchen nicht ein in eine Analyse der deutschen Militäroperationen an sich. In ihren Studien kommt eine Untersuchung, in welcher Art und Weise Deutschland bereit ist, militärische Mittel einzusetzen, zu kurz. An dieser Stelle kann die vorliegende Arbeit eine Forschungslücke schließen und militärisches Verhalten intensiver untersuchen.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) konzentrierte sich im Rahmen einer Untersuchung der Strategischen Kulturen in Europa auf die Meinungen und Einstellungen innerhalb der Bevölkerungen ausgewählter europäischer Staaten.⁵⁸ Es veröffentlichte im September 2011

55 Vgl. auch Hoffmann, Arthur/Longhurst, Kerry (1999): German Strategic Culture and the Changing Role of the Bundeswehr. In: WeltTrends Nr. 22 S. 145-162 und: Hoffmann, Arthur/Longhurst, Kerry (1999): German strategic culture in action. Contemporary Security Policy, 20:2. S. 31-49.

56 Berger, Thomas U. (1998): Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan. Baltimore, MD. John Hopkins University Press. S. 21.

57 Longhurst, Kerry (2004): Germany and the use of force. Manchester. Manchester University Press. S. 25.

58 Arbeiten mit einer vergleichbaren Zielsetzung sind: Coskun, Bezen B. (2007): Does „strategic culture“ matter? Old Europe, new Europe and the transatlantic security, In: Perceptions

eine Studie, in der es unter dem Titel „Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte“, die Einstellungen von den Bevölkerungen acht europäischer Länder, darunter Deutschland, zu Art und Umfang des Einsatzes ihrer Streitkräfte präsentierte.⁵⁹ Das Ziel der Studie war es, vergleichbare Erkenntnisse über die sicherheitspolitischen Präferenzen der Bevölkerungen Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs, Schwedens, Spaniens, Tschechiens und der Türkei zu gewinnen. Laut der SOWI-Studie befürwortet die deutsche Bevölkerung in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein multilaterales Vorgehen. Am stärksten präferieren die Deutschen ein sicherheitspolitisches Engagement im Rahmen der EU (70 Prozent). Die Vereinten Nationen und die NATO liegen etwa gleich auf (jeweils 50 Prozent), während die Kooperation mit den USA deutlich weniger Zustimmung findet (18 Prozent).⁶⁰ Nur ein geringer Teil der Deutschen (12 Prozent) vertritt die Auffassung, die Bundesregierung solle den Einsatz des Militärs ohne die Mitwirkung des Bundestages entscheiden.⁶¹ Ein fast ebenso geringer Prozentsatz der Teilnehmer der Studie (14 Prozent) befürwortet militärische Mittel zur Konfliktlösung.⁶² Im europäischen Vergleich ist nur die österreichische Bevölkerung (9 Prozent) dem Militär als Instrument zur Konfliktlösung noch stärker abgeneigt. In Großbritannien sieht jeder Zweite das Militär auch als ein Mittel zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte.

Der hier vorgestellte Forschungsstand weist auf die hohe Relevanz hin, die dem Forschungsansatz besonders für die Analyse deutscher Sicherheitspolitik beigemessen werden kann. Es wurde zudem deutlich, dass sich die vorgestellten Studien neben ihren Untersuchungsobjekten und Untersuchungszeiträumen besonders hinsichtlich ihrer Definition und Konzeption Strategischer Kultur unterscheiden. Daher soll im Folgenden eine nachvollziehbare konzeptionelle Spezifikation und methodische Operationalisierung des Strategischen Kulturbegriffs durchgeführt werden.

Summer-Autum 2007. S. 71-90; Longhurst, Kerry/Zaborowski, Marcin (2004): The Future of European Security. In: European Security 13:4. S. 381-391.

- 59 Biehl, Heiko et al. (2011): Strategische Kulturen in Europa. Die Bürger Europas und ihre Streitkräfte. Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen in acht europäischen Ländern 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, Forschungsbericht 96. September 2011.
- 60 „Deutschland sollte sich sicherheits- und verteidigungspolitisch vorrangig gemeinsam mit den europäischen Staaten der EU/den Vereinten Nationen/in der NATO/den USA engagieren.“ Angaben jeweils „stimme voll zu/stimme eher zu“. Vgl. ebd. S. 30 ff.
- 61 „Die Bundesregierung sollte in militärischen Angelegenheiten alleine und ohne Mitwirkung des Bundestages handeln können.“ Angaben jeweils „stimme voll zu/stimme eher zu“. Ebd. S. 42.
- 62 „Deutschland sollte zur Lösung internationaler Krisen und Konflikte auch militärische Mittel einsetzen.“ Angaben jeweils „stimme voll zu/stimme eher zu“. Ebd. S. 48.

2 Theoretischer Rahmen

Der preußische General und Militärstrategie Carl von Clausewitz schrieb in seinem Werk „Vom Kriege“, dass jeder Krieg einem politischen Zweck diene. Weiter schrieb er, der politische Zweck sei auch Maßstab für die Anstrengungen, die zur Erreichung eines militärischen Ziels aufgebracht werden. Je höher der politische Zweck eingestuft werde, desto mehr Anstrengungen sei ein Staat bereit, für dessen Umsetzung zu unternehmen. Der Wert des politischen Zwecks und die daraus folgenden hohen oder niedrigen Anstrengungen hingen jedoch von den jeweiligen Staaten und seinen Völkern ab.

„Ein und derselbe politische Zweck kann bei verschiedenen Völkern (...) ganz verschiedene Wirkungen hervorbringen.“⁶³

Durch dieses Beispiel wies Clausewitz auf einen Zusammenhang zwischen den Einstellungen der Bevölkerung eines Staates und dessen militärischem Handeln hin. Ein weiterer neuzeitlicher Militärstrategie, der Erzherzog Karl von Österreich, lobte die französische Mobilisierung der Bevölkerung unter Napoleon Bonaparte und erkannte hier, dass die Bereitschaft einer Gesellschaft, in den Krieg zu ziehen, von ihren historischen Erfahrungen abhinge.

„Die Franzosen, von dem Geiste der Revolution gestimmt, alle Schranken zu durchbrechen und nur von Wagnissen Resultate zu erwarten, folgten diesem Impuls, wenn sie keinen anderen Ausweg fanden.“⁶⁴

Auch dieses Beispiel deutet darauf hin, dass die kulturelle Beschaffenheit eines Staates sein militärisches Handeln maßgeblich prägt.

In der politikwissenschaftlichen Forschung trat die Auseinandersetzung mit der politischen Kultur einer Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf. Sie blieb zunächst auf innenpolitische Aspekte, vor allem auf die Stabilität politischer Systeme, beschränkt. Von zentraler Bedeutung war dabei die Arbeit der US-amerikanischen Politikwissenschaftler Gabriel A. Almond und Sidney Verba.⁶⁵

Die in den 1950er Jahren durchgeführte und 1963 veröffentlichte Studie „The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations“ von Gabriel Almond und Sidney Verba gilt schließlich als die „Pionierstudie“⁶⁶ der Politischen Kulturforschung. Bis dahin hatten politikwissenschaftliche

63 Clausewitz, Carl von (2003): Vom Kriege. Ungekürzter Text. 4. Auflage. München: Ullstein. S. 35.

64 Karl von Österreich zitiert nach: Gross-Hoffinger, Anton J. (1847): Erzherzog Karl von Oesterreich und die Kriege 1792-1815. Leipzig: Verlagsbuchhandlung Lorck. S. 229.

65 Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton: University Press.

66 Rohe, Karl (1990): Politische Kultur und ihre Analyse: Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung. In: Historische Zeitschrift Bd. 250, H. 2 (April). S. 321.

Studien nahezu ausschließlich politische Institutionen und Eliten als Untersuchungsgegenstände zugelassen. Der Bevölkerung wurde hingegen kaum eine Bedeutung beigemessen. Das Scheitern junger Demokratien auf dem europäischen Kontinent zwischen den beiden Weltkriegen, wie beispielsweise das der Weimarer Republik, sowie die schwierige und oftmals wenig erfolgreiche Demokratisierung ehemaliger Kolonialstaaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bildeten den Ausgangspunkt der „Civic Culture“-Studie. Denn diese Staaten unterschieden sich in ihrer politisch-institutionellen Gestaltung nicht so sehr von erfolgreichen Demokratien, dass institutionelle politikwissenschaftliche Ansätze ihr Scheitern hätten erklären können.⁶⁷ Im Kern drehte sich die Studie von Almond und Verba daher um die Frage,

„ob sich zwischen stabilen, zusammengebrochenen und im Aufbau befindlichen Demokratien systematische Unterschiede in der politischen Kultur identifizieren lassen, welche divergierende Funktionsqualitäten und Stabilitäten dieser Demokratie plausibilisieren“⁶⁸.

Die Studie erforschte die kulturellen Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um die Stabilität demokratischer Institutionen zu gewährleisten.⁶⁹ In einem vergleichenden Ansatz wurden dazu die Politischen Kulturen der USA, Großbritanniens, Italiens, Deutschlands und Mexikos untersucht. Dabei definierten Almond und Verba Politische Kultur wie folgt:

„The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation towards objects among the members of the nation.“⁷⁰

Die vergleichende Politische Kulturstudie Almonds und Verbas legte den Grundstein für viele weitere Studien über das Verhältnis zwischen Kultur und Staatshandeln. Das Konzept der Politischen Kultur wurde dabei stets durch wissenschaftliche Diskussionen „kritisiert, fortentwickelt und angereichert“⁷¹ Und dennoch blieb der von Almond und Verba geprägte Politische Kulturbegriff im Kern erhalten und lässt sich wie folgt beschreiben: Politische Kultur umfasst die Gesamtheit aller individuellen Orientierungen, also Werte, Einstellungen und Meinungen, einer sozialen Einheit auf politische Objekte. Gleichzeitig blieb der Fokus der Politischen Kulturforschung nicht ausschließlich auf der Analyse der Stabilität politischer Systeme haften. Stattdessen wurden mit Hilfe des Politischen Kulturansatzes weitere Politikfelder erschlossen, so auch das der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

67 Vgl. Westle, Bettina (2009a): Einleitung. In: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 16.

68 Ebd. S. 17.

69 Vgl. auch Dörner, Andreas (2003): Politische Kulturforschung. In: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 594.

70 Almond/Verba zitiert nach: Westle, Bettina (2009a): S. 18.

71 Schuppert, Gunnar F. (2008): Politische Kultur. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 8.